

„Der Freistaat muss handeln“

Steinleinsfurt Der SPD stößt auf, dass Eigenheim die teuren Grabungskosten alleine tragen muss.



Die archäologischen Grabungen in Steinleinsfurt muss die Wohnungsgenossenschaft Eigenheim komplett selbst tragen. Die Weißenburger SPD hat nun über Abgeordneten Stefan Schuster im Landtag eine Anfrage gestellt, welche rechtlichen Vorgaben es dafür gibt und wie die Praxis in anderen Bundesländern aussieht. (Foto: limes-luftbild.de)

WEISSENBURG – Wegen der enorm hohen Kosten für die archäologischen Grabungen in Steinleinsfurt, die die Wohnungsgenossenschaft Eigenheim zu tragen hat, hat sich die SPD Weißenburg an Landtagsabgeordneten Stefan Schuster gewandt. Der Sozialdemokrat aus Nürnberg kümmert sich für seine Partei mit um das Weißenburger Land.

Wie berichtet, will Eigenheim das Wohnviertel Steinleinsfurt grundlegend umgestalten. Dort standen und stehen alte Mietshäuser der Genossenschaft, die zum Teil knapp hundert Jahre alt und nach Auffassung von Eigenheim nicht mehr zeitgemäß nutzbar sind. Daher soll der Bestand sukzessive durch moderne, energieeffiziente Bauten ersetzt werden. Die ersten Häuser wurden im vergangenen Jahr abgerissen, hernach begannen umfangreiche, vom Landesamt für Denkmalpflege angeordneten archäologische Grabungen.

Eigenheim-Geschäftsführer Thomas Hanke referierte jüngst im Weißenburger Stadtrat den Stand der Dinge und machte deutlich, dass die Grabungskosten – anders als in allen anderen Bundesländern – in Bayern vom Bauherren selbst zu tragen sind. Im Falle von Steinleinsfurt muss Eigenheim dafür voraussichtlich anderthalb Millionen Euro berappen, was das Bauvorhaben entsprechend teurer macht und die Mietpreise in die Höhe treiben wird.

„Der SPD-Ortsverein Weißenburg zeigt sich verwundert darüber, dass selbst eine erkennbar, dem Allgemeinwohl dienende Einrichtung wie die Wohnungsgenossenschaft Eigenheim keine staatliche Förderung für die Grabung erhält“, heißt es dazu von der SPD. Ortsvereinsvorsitzende Lissy Pecoraro betont: „Eigenheim in Weißenburg wirkt seit über 100 Jahren als Wohnbaugenossenschaft, die hier vor Ort bezahlbaren Wohnraum anbietet und durch die Planung eines neuen Wohnquartiers weiterhin dazu beiträgt, dass Menschen auch mit geringerem Einkommen Wohnraum finden.“

Der SPD-Ortsverein wandte sich nun zusammen mit dem SPD-Kreisverband zum Anlass, Landtagsabgeordneten Schuster in dieser Sache einzubinden. „Wir werden über unseren Betreuungsabgeordneten eine Anfrage an die Staatsregierung stellen, um die Gründe für diese Regelung in Bayern in Erfahrung zu bringen, und auch der Frage nachgehen, wie ähnlich gelagerte Fälle in anderen Bundesländern gehandhabt werden“, erklären die SPD-Kreisvorsitzenden Bianca Bauer und Harald Dösel.

Für sie ist klar: „Im Weißenburger Fall jedenfalls bremsen die Kosten für den Denkmalschutz bezahlbares Wohnen aus. Wir sehen hier einen klaren Handlungsbedarf beim Freistaat Bayern.“ **wt/rr**